

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT KUBA AUF, PRESSEFREIHEIT ZU RESPEKTIEREN WÄHREND REPRESSIONEN GEGENÜBER JOURNALISTEN ZUNEHMEN

PRESSEERKLÄRUNG

Inoffizielle Übersetzung der Kuba Ländergruppe
30 April 2010

Amnesty International rief heute die kubanische Regierung auf, die Einschüchterungsversuche gegenüber Journalisten zu stoppen. Im vergangenen Monat wurden mehrere Reporter, die die Regierung in Artikeln und anderen Beiträgen kritisiert hatten, willkürlich festgenommen und bedroht.

„Journalisten, die unabhängig von den staatlichen Medienanstalten arbeiten, sind Ziel von Kriminalität und repressiven Taktiken. Diese Angriffe auf die Pressefreiheit in Kuba werden immer schlimmer“, sagt Susan Lee, Amerikas Verantwortliche bei Amnesty International im Hinblick auf den Welttag der Pressefreiheit am 3. Mai.

Journalist Calixto Ramón Martínez Arias ist seit seiner Festnahme am 23. April in Gefangenschaft. An diesem Tage drangen Sicherheitskräfte in sein Haus ein wo er eine Gedenkveranstaltung für einen verstorbenen gewaltlosen politischen Gefangenen abgehalten hatte. Orlando Zapata Tamayo starb vor zwei Monaten nach einem mehrwöchigen Hungerstreik gegen die schlechten Haftbedingungen der politischen Gefangenen in Kuba.

Ein weiterer Journalist beschrieb die Hetzkampagne gegen Journalisten als „psychologische Folter“. Yosvani Anzardo Hernández, der Direktor eines unabhängigen online Magazins ist, wurde am 24. April festgenommen und über sechs Stunden zu regierungskritischen Graffiti in der Stadt Holguin befragt.

In der Zwischenzeit wurde der Direktor einer Presseagentur Carlos Serpa Maceira mehrmals Opfer von Einschüchterung und Schikanen von Seiten der kubanischen Regierung, als er versuchte, am wöchentlichen Marsch der Damas de Blanco an drei Wochenenden im April teilzunehmen.

Mitglieder der Damas de Blanco wurden von Regierungsunterstützern wiederholt bedroht und eingeschüchtert und ihre wöchentlichen Demonstrationen wurden mit polizeilicher Gewalt in mindestens zwei Fällen abgebrochen.

„Kriminelle Taten oder sonstige Formen von Einschüchterung und Schikane dürfen unter keinen Umständen gegen unabhängige Journalisten, Menschenrechtler oder politische Dissidenten durchgeführt werden, nur weil diese ihr Recht auf Meinungsäußerung ausüben“, sagt Susan Lee.

Zur Zeit werden 55 gewaltlose politische Gefangene in Kuba festgehalten, die meisten von ihnen müssen lange Haftstrafen für das Kritisieren der Regierung und das Einsteigen für Menschenrechte absitzen. Unter ihnen sind mehrere Journalisten.

Mehrere Artikel des kubanischen Grund- und Strafrechts sind so vage formuliert, dass sie von den Autoritäten in dem Maße benutzt werden, dass sie die Pressefreiheit extrem einschränken. Der kubanische Staat besitzt zudem ein Monopol auf Rundfunk und Presse, während auch der Internetzugang stark eingeschränkt ist.

"Ergebnis dieser Einschränkungen der Meinungsfreiheit ist, dass die Kubaner nicht mehr in der Lage sind, unabhängige Informationen zu teilen ohne Angst vor direkten Repressionen seitens der Regierung zu haben", sagt Susan Lee.

"Einschränkungen im Bereich des Internets müssen gelockert werden und jegliche Zensur, die regimiekritische Informationen und Meinungen betrifft, abgeschafft werden."

Amnesty International fordert die kubanische Regierung auf, alle Unternehmungen, die die Pressefreiheit gefährden sofort zu stoppen und alle gewaltlosen politischen Gefangenen sofort und bedingungslos freizulassen.